

Basel Stadt Land Region

«Ehrenamtlicher» Vorstand belohnt sich selbst

Mitarbeitende gehen leer aus Der Kanton Basel-Stadt erhöhte der Kita-Betreiberin Familea die Subventionen. Statt einen Teuerungsausgleich für die Angestellten gabs eine Erhöhung der «Vorstandskosten».

Leif Simonsen

Der Basler Verein Familea, der in der Region 21 Kitas führt, rühmt sich auf seiner Website als «sozial verantwortlichen Verein mit einer 120-jährigen Tradition im Raum Basel». Wer den jüngsten Bericht der Finanzkontrolle liest, kommt zum Schluss, dass die Familea-Chefs es vor allem mit sich selbst gut meinen. In den vergangenen Jahren sind die Auszahlungen an das leitende Organ rasant angestiegen. 2017 zahlte sich der siebenköpfige Vorstand noch 33'850 Franken im Jahr aus, 2019 waren es 118'311 Franken. Die Präsidentin liess sich zusätzlich 36'600 Franken für ein Mandat vergüten. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur letzten Untersuchung von 2014 – auch da empfahl die Finanzkontrolle, den Aufwand für die Vorstandstätigkeit unter die Lupe zu nehmen.

Die Finanzkontrolle kam zum Schluss, dass «grosse Zweifel bestehen, dass die Spesen und Mandatsentschädigungen mit der geltenden Tagesbetreuungsverordnung im Einklang stehen». Diese besagt, dass der Vorstand der subventionierten

Einrichtungen ehrenamtlich arbeitet. «Ausgeschlossen sind Entschädigungen, die über den Ersatz der Spesen und eine angemessene Vergütung besonderer Aufträge hinausgehen. Aufträge an Mitglieder des leitenden Organs dürfen nur erfolgen, wenn deren Kosten/Ansätze unter dem marktüblichen Ansatz liegen.»

«Unter dem Marktüblichen»

Der Finanzkontrolle ist suspekt, dass sich Familea monatelang geweigert habe, die Unterlagen herauszugeben. Der Mandatsvertrag lag bis zum Ende der Untersuchung im vergangenen Herbst nicht vor, wie es im Bericht heisst.

Die Familea-Präsidentin nimmt schriftlich Stellung zu den Vorwürfen. Die Finanzkontrolle spreche fälschlicherweise von einer Zunahme der Entschädigungen, schreibt sie. Diese hätten in den vergangenen fünf Jahren nicht zugenommen. Einzig die sogenannten «Vorstandskosten» seien gestiegen. Kosten, die im Zusammenhang mit «strategischen Aufgaben des Vereins» entstanden seien, unter anderem der Lohn für die Protokollführung,

Kosten für die Inanspruchnahme der Infrastruktur oder extern in Auftrag gegebene Analysen.

Zum mit 36'600 Franken vergüteten Mandat sagt sie: «Inhalt des Vertrages war die Beratung beziehungsweise Unterstützung der Geschäftsführung beim notwendigen Turnaround. Das zu einem Stundenansatz, der deutlich unter dem Marktüblichen liegt.» Demnach habe der Mandatsvertrag den gesetzlichen Vorgaben entsprochen, was auch vom Erziehungsdepartement überprüft – und nicht beanstandet – worden sei.

Das Erziehungsdepartement als Aufsichtsorgan und die Finanzkontrolle beurteilen die Bezüge des Familea-Vorstandes unterschiedlich. Simon Thiriet, Sprecher des Erziehungsdepartements, sagt, der Mandatsvertrag sei inzwischen eingetroffen. Dadurch, dass der Stundenansatz unter dem marktüblichen Ansatz liege, sei das Mandat mit der Tagesbetreuungsverordnung kompatibel.

Daniel Dubois, Leiter der Finanzkontrolle, sagt indes, die Empfehlung von 2014 sei nicht umgesetzt: «Der Zusammenarbeitsvertrag und die Leis-

Der Finanzkontrolle ist suspekt, dass sich Familea monatelang geweigert hatte, die Unterlagen herauszugeben.

tungsvereinbarung regeln, dass der Vorstand in der Regel in ehrenamtlicher Tätigkeit das Vereinsmanagement gewährleistet und die Institutionen führt.» Will heissen: Bei diesen Beträgen kann von Ehrenamt keine Rede mehr sein.

Die Finanzkontrolle stösst sich zudem an der Tatsache, dass Familea den Kita-Mitarbeitenden seit 2012 keine Teuerungszuschläge gewährt. Das, obwohl die Subventionen um jährlich rund 375'000 Franken auf mittlerweile 21 Millionen jährlich erhöht wurden. «Die Familea erhielt von 2012 bis 2019 vom Kanton Basel-Stadt 3 Millionen für die Teuerung», heisst es. Davon hätten nur die Familea-Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendheime profitiert, deren Lohn um 1,1 Prozent angehoben wurde.

Ein eigenes Lohnsystem

Die Kita-Mitarbeitenden gingen leer aus. Zwar sei die Trägerschaft nicht an das Lohngesetz des Kantons gebunden, schreibt die Finanzkontrolle. «Jedoch ist vom Kanton sicherzustellen, dass insgesamt der gesprochene Lohnaufwand auch zweckbestimmt eingesetzt wird.»

Darauf angesprochen sagt die Familea-Präsidentin, der Verein verfüge über ein eigenes Lohnsystem, das seit 2013 in Kraft sei. In diesem sei ein jährlicher Stufenanstieg inkludiert.

Auch das Erziehungsdepartement nimmt den Verein in Schutz. Bei dem von der Finanzkontrolle errechneten Betrag von 3 Millionen Franken Teuerungszuschlag für die Angestellten in der Tagesbetreuung handle es sich um eine rechnerische Grösse, sagt Sprecher Simon Thiriet. «Als im Jahr 2019 die Löhne der Angestellten im Kanton der Teuerung angepasst wurden, wurde die Leistungsabgeltung für die Tagesheime nicht erhöht, jene der Kinder- und Jugendheime jedoch schon. Das heisst, Familea erhielt im Jahr 2019 vom Kanton für die Kinderheime einen effektiven Teuerungszuschlag ausbezahlt, für die Tagesheime gab es keinen zusätzlichen Teuerungszuschlag, schliesslich war ja eine geschätzte Teuerung bereits im Gesamtbetrag enthalten.»

Die Finanzkontrolle hat hierzu eine dezidiert andere Meinung. «Die Löhne der Mitarbeitenden sind gemäss der Teuerung anzupassen», steht im Bericht.